

Bildungskahlschlag - Gründe und Hintergründe

Though this be madness, yet there is method in it. (Shakespeare, "Hamlet")

Jürgen Grahl

Als Argumentationshilfe für die Proteste gegen die drohenden Kürzungen im Bildungsbereich ist der nachfolgende Grundsatzartikel entstanden, der die Hintergründe der aktuellen Sparzwänge analysiert und kritisch hinterfragt. Im Zentrum steht dabei die bestehende Schiefe unsereres Steuersystems, die mangelnde Heranziehung des Produktionsfaktors Energie zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben, und der aus diesem Versäumnis resultierende Wachstumswang unserer Wirtschaft. Daneben werden Daten und Fakten zur bereits chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen genannt, Zusammenhänge zur Globalisierungsproblematik aufgezeigt und Argumente gegen Studiengebühren zusammengestellt. Der Aufsatz versteht sich insbesondere auch als Plädoyer gegen die drohende Kommerzialisierung der Bildung und deren Unterordnung unter ökonomische Belange.

Für kritische Durchsicht und wertvolle Verbesserungsvorschläge danke ich Prof. Dr. Jürgen Appell, Dipl.-Ing. Wolf von Fabock, Michael Kraus, Prof. Dr. Reiner Kümmel, Dipl.-Math. Wolfgang Pavel und Priv.-Doz. Dr. Nils Rosehr

Jahren, jahraus singen Politiker aller Couleur das Hohe Lied der Bildung, sprechen vom "Humankapital" als der einzigen Ressource unseres rohstoffarmen Landes, von Bildungsinvestitionen als "Zukunftsinvestitionen", die man kräftig aufstocken müsse, geben sich tief besorgt über die Ergebnisse der PISA-Studie, doch die Realität spricht eine andere Sprache: Ob in Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen - überall soll massiv an der Bildung gespart werden. In Bayern z.B. überzieht die nach der letzten Wahl im Zweidrittelhimmel gelandete CSU die Hochschulen mit gnadenlosen Einsparedikaten - 5% der gesamten Universitätshaushalte sollen allein 2004 amputiert werden, inflationsbereinigt 25% bis 2008 - und mit der harmlos klingenden Forderung nach einer "Strukturreform", hinter der sich nichts anderes verbirgt als ein gigantisches Flächenstilllegungsprogramm für ganze Fächer und Fachbereiche. Und die rot-grüne Bundesregierung, die einst die Mittel für Bildung und Forschung binnen fünf Jahren hatte verdoppeln wollen, zieht sich immer mehr aus der gemeinschaftlichen Finanzierung des Hochschulbaus zurück, will die Mittel dafür bis 2007 um inflationsbereinigt fast 30% kürzen. Als vermeintlicher Ausweg aus der Misere wird die Einführung von Studiengebühren vorangetrieben, von den unionsregierten Ländern völlig unverhohlen, von den SPD-Ländern, die hier noch nicht ganz so "weit" sind, vorerst noch eher verschämt und zögerlich.

Für die Proteste gegen den Bildungskahlschlag stellt sich freilich das argumentative Dilemma, dass es in einer Zeit der Einschnitte und Kürzungen in allen Bereichen, in einer Zeit, in der Rentner Nullrunden, Kranke höhere Selbstbeteiligungen und Arbeitslose massive Verschärfungen der Zumutbarkeitsregeln über sich ergehen lassen müssen, schwer zu vermitteln ist, weshalb ausgerechnet die Hochschulen und Studenten verschont werden sollen. Alle, so ein weit verbreiteter Einwand, müssen sparen, müssen "ihren Beitrag bringen", müssen den Gürtel enger schnallen, warum also nicht auch die Universitäten?

Hier könnte man zunächst darauf verweisen, dass die Hochschulen in den letzten Jahren bereits zu viel sparen mussten: So sanken in Bayern die Aufwendungen für Lehre und Forschung an den Hochschulen zwischen 1996 und 2002 inflationsbereinigt um 9,1% ([17]; eigene Berechnungen). Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis zur mittlerweile weiter gewachsenen Wirtschaftsleistung, so wird das Ausmaß der bereits vollzogenen Kürzungen noch deutlicher: Der Anteil der Hochschul-Aufwendungen am Bruttoinlandsprodukt sank im genannten Zeitraum in Bayern von 0,73% auf 0,59%, also um fast ein Fünftel [17]. Die Hochschulen bewältigen bereits heute eine Überlast, für die sie bei weitem nicht ausgelegt sind. An der Universität Würzburg beispielsweise teilen sich derzeit über 18.000 Studierende die gerade einmal 12.000 offiziell vorhandenen Studienplätze. Verweisen könnte man ferner auf die für die nächsten Jahre prognostizierte massive Zunahme der Studierendenzahlen, auf den von der Politik angestrebten höheren Akademikeranteil und darauf, dass hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler bereits heute an deutschen Hochschulen kaum noch eine Perspektive haben und in Scharen in die USA ausweichen. Verweisen könnte man auch auf die gesamtwirtschaftlichen

Multiplikatoreffekte, die das Sparen an den Universitäten aufgrund der damit verbundenen Nachfrageausfälle (z.B. im Baugewerbe) mit sich bringt. Der Präsident der Uni Würzburg, Prof. Dr. A. Haase, befürchtet, dass sich die geplanten Mittelkürzungen um 5% - über die ca. 75 direkt vom Einzug bedrohten Professoren- und Assistentenstellen hinaus - ähnlich verheerend auf die Region auswirken würden wie der Exodus eines Unternehmens mit 500 Beschäftigten. Berücksichtigt man die hieraus resultierenden Steuerausfälle und höheren Belastungen für die Sozialkassen, so werden die Einsparungen schnell aufgefressen, wenn nicht gar überkompensiert. Verweisen könnte man weiter auf die vielen Felder, in denen man sich trotz leerer Kassen noch immer gigantische Geldverschwendungen leistet - man denke etwa an die Steinkohlesubventionen (z.Zt. 3,3 Milliarden Euro pro Jahr) oder an abwegig teure Großprojekte wie den Transrapid, aber auch an die unzähligen Maßnahmen der "Standortpolitik" und "Investitionsförderung", bei denen Unsummen für Subventionsgeschenke an Großkonzerne ausgegeben werden, auf dass diese wenigstens einige neue Arbeitsplätze schaffen. Und verweisen könnte man schließlich auf die Situation an den Schulen als warnendes Anschauungsbeispiel dafür, wohin chronische Unterfinanzierung der Bildung führt: Die angesichts unterbleibender Neueinstellung von Lehrern restlos überfüllten Klassen machen einen sinnvollen Unterricht oftmals kaum noch möglich, da immer mehr an Zeit durch Konfliktbewältigung und -entschärfung aller Art absorbiert wird, mit der Folge, dass bildungsbewusste und vermögende Eltern ihre Kinder oftmals lieber auf Privatschulen schicken.

Aber so wichtig und richtig solche Argumente auch sind - sie wirken allzu leicht als bloße Rechtfertigung dafür, wieder einmal nach dem St.-Floriansprinzip nur den Gürtel der anderen, nicht aber den eigenen enger schnallen zu wollen. Um hier nicht in die Defensive zu geraten, ist es unverzichtbar, sich mit der angeblich schicksalhaften Unausweichlichkeit der Sparzwänge und deren tieferen Hintergründen eingehender zu beschäftigen. Dabei darf es allerdings nicht darum gehen, immer neue Schulden als vermeintlich sinnvolleren Ausweg bzw. "kleineres Übel" zu propagieren; denn dieser allzu bequeme Ausweg ist, wie wir sehen werden, selbst gerade Teil des Problems und nicht der Lösung. Das Ziel, schnellstmöglich einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen (was ja lediglich bedeutet, die bereits vorhandene Schuldenlast wenigstens nicht weiter ansteigen zu lassen!) soll daher keinesfalls in Frage gestellt werden. Man könnte die Staatshaushalte jedoch nicht nur durch Kürzungen auf der Ausgabenseite ausgleichen, sondern auch durch Erhöhungen auf der Einnahmenseite - was heute freilich stets an der Sorge scheitert, durch Steuererhöhungen die Konjunktur abzuwürgen. Auch diese Sorge gilt es kritisch zu hinterfragen.

Warum müssen wir überhaupt sparen? Warum fehlt allenthalben das Geld für Bildung, soziale Absicherung und andere Gemeinschaftsaufgaben? Die gängige Antwort lautet, dass wir uns in einer schweren Wirtschaftskrise befinden, und zum Beweis wird nicht etwa zuvörderst auf die hohe Arbeitslosigkeit verwiesen, sondern darauf, dass wir seit drei Jahren kaum noch Wachstum haben, die Wirtschaft also "stagniert". Hört man solche Worte, so drängt sich

unterbewusst der Eindruck auf, es würde seit drei Jahren nichts oder fast nichts mehr produziert, obwohl "Nullwachstum" doch nur bedeutet, dass zwar nicht mehr als im Vorjahr erwirtschaftet wird - aber auch nicht weniger! Das Bild von der "auf der Stelle tretenden" Wirtschaft, die zum "Tabellenschlusslicht" in Europa verkommen sei, ist ähnlich schief, als würde man dem Weltmeister im Hochsprung vorwerfen, dass er seine Bestleistung seit drei Jahren fast nicht mehr verbessert habe, während jeder Anfänger spielend Steigerungen von mehreren Zentimetern jährlich schaffe. (Detailliert habe ich mich mit der Wachstumsproblematik in [7] auseinander gesetzt.)

Wie aber ist es möglich, dass es uns ohne Wachstum von Jahr zu Jahr schlechter geht (und nicht etwa noch genauso gut wie im Vorjahr), dass die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt (und nicht wenigstens auf dem bisherigen Niveau verharrt), dass Bildung und soziale Sicherungssysteme noch unfinanzierbar werden und die Staatsverschuldung vollends aus dem Ruder läuft? Wieso sind die Zeiten so schlecht, obwohl unser (wohlgeordnetes, inflationsbereinigtes!) Bruttoinlandsprodukt höher ist als je zuvor und lediglich nicht "schnell genug" weiter wächst? Diese doch eigentlich so naheliegenden Fragen werden in der öffentlichen Diskussion praktisch nie gestellt; wir haben uns völlig daran gewöhnt, dass unser "Wirtschaftsmotor" nur reibungslos funktioniert, solange er auf einem "Wachstumspfad" von durchschnittlich 3% Wachstum pro Jahr gehalten wird - so als ob ein Automotor nur so lange rundlaufen würde, wie man die Benzinzufuhr ständig erhöht. Wie aber kommt es zu diesem regelrechten Wachstumszwang?

Die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes ist heute noch immer weitgehend an den Faktor Arbeit gekoppelt, sei es in direkter Form über Löhne und Gehälter oder in indirekter Form über aus lohnbezogenen Beiträgen finanzierte Sozialleistungen. Und auch die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben einschließlich der Bildung erfolgt größtenteils über Steuern auf den Faktor Arbeit. In der Bundesrepublik trugen im Jahre 2002 zum Gesamtsteueraufkommen von 441,7 Milliarden Euro die Lohn- und Einkommensteuer einschließlich Solidaritätszuschlag 149,9 Milliarden, die Umsatzsteuern 138,2 Milliarden, die Mineralölsteuer 42,2 Milliarden, die Gewerbesteuer 23,5 Milliarden, die Stromsteuer 5,1 Milliarden und die Körperschaftsteuer 2,9 Milliarden bei [18]; die Sozialbeiträge beliefen sich auf 389,0 Milliarden Euro [19]. Historisch erklärt sich diese Fokussierung auf den Faktor Arbeit aus der Idee, die benötigten Gelder dort abzuschöpfen, wo die Wirtschaft ihren "Antrieb" bezieht, nämlich bei der menschlichen Arbeitskraft. Den Realitäten einer modernen Wirtschaft wird ein solches Steuersystem jedoch nicht mehr gerecht: Längst erfolgt der Antrieb unserer Wirtschaft nicht mehr primär durch menschliche Arbeit, sondern durch den Einsatz von Energie in ihren diversen Formen: zur Verrichtung mechanischer Arbeit in Maschinen und Robotern, zur Informationsverarbeitung in Computern und - was oft übersehen wird - zur Herstellung von Grundstoffen und Halbzeugen in der chemischen Industrie, den Aluminiumschmelzen, Zementfabriken etc. Der Endenergieumsatz der Wärmekraftmaschinen in der Bundesrepublik entspricht der Arbeitsleistung von ca. 780 Millionen Schwerstarbeitern; für jeden Bundesbürger arbeiten im Schnitt 10 "Energiesklaven"! Von den Wirtschaftswissenschaften wird die überragende Bedeutung der Energie jedoch weitgehend ignoriert; diese sind bis heute in der Falle einer längst veralteten Begriffsbildung gefangen, billigen der Energie nicht einmal den Status eines eigenen Produktionsfaktors zu - als solche werden wie zu Zeiten von Adam Smith (1723-1790) noch immer unverdrossen Kapital, Arbeit und Boden angesehen. Wir sind somit in der tragischen Situation, heute noch mit den Begrifflichkeiten der präindustriellen Zeit zu operieren, in der nicht nur die Bedeutung der Energie weit von ihrer heutigen entfernt, sondern der Begriff der Energie noch nicht einmal bekannt war! (Der wurde erst Anfang des 19. Jahrhunderts geprägt.)

Der tatsächliche Stellenwert der Energie als Produktionsfaktor wurde durch ökonomische Untersuchungen von R. Kümmel, W. Eichhorn, J. Henn und D. Lindenberger (siehe [11], [12] und [13]) quantifiziert; hiernach betrug die sog. Produktionsmächtigkeit

(Produktionselastizität) der Energie, die man als Maß für deren Leistungsfähigkeit, für ihren "Beitrag" zur Gesamtwertschöpfung auffassen kann, in Deutschland im Mittel der Jahre 1960 bis 1989 etwa 44%, die Produktionsmächtigkeit der menschlichen (Routine)arbeit hingegen nur noch 9%; der Rest entfiel auf den Faktor Kapital sowie den Einfluss menschlicher Kreativität (d.h. nicht quantitativ, aus der Veränderung des Faktoreinsatzes erklärlchen Fortschritt). Ähnliche Werte wurden für die USA und Japan ermittelt. Bestätigt wurde dies durch Analysen von R. Ayres und B. Warr [1], die mit diesem Modell die Wirtschaftsentwicklung der USA im gesamten 20. Jahrhundert allein durch das Zusammenspiel von Kapital, Arbeit und Energie bis auf geringe Abweichungen von maximal 12% erklären konnten, während die neoklassische Wachstumstheorie hier völlig versagt und gerade einmal 12,5% des im Zeitraum 1909 bis 1949 beobachteten Wirtschaftswachstums quantitativ fassen kann, die "restlichen" 87,5% hingegen, das sog. Solow-Residuum, dem nicht genauer erklär- und quantifizierbaren "technischen Fortschritt" zuschreiben muss, der "praktisch wie Manna vom Himmel" falle ([4], S. 113). (Ähnliches gilt übrigens für die während der Ölkrisen beobachteten massiven Konjunkturreinbrüche, die aus der neoklassischen Wachstumstheorie heraus nicht angemessen erklärt werden können.) Die genannten Produktionsmächtigkeiten stehen in einem eklatanten Missverhältnis zu den Kosten der beiden Faktoren: Auf den Faktor Arbeit entfallen in den westlichen Industrienationen etwa 65% der Produktionskosten, auf den Faktor Energie lediglich etwa 5%. Vereinfacht ausgedrückt bedeuten diese Werte: Eine Ausweitung des Einsatzes an Arbeit um z.B. 10% (bei konstantem Einsatz von Kapital und Energie) lässt die Wertschöpfung im Mittel über die gesamte Volkswirtschaft nur um 0,9% steigen (nämlich um 9% von 10%), die Kosten jedoch um 6,5% (nämlich um 65% von 10%); hingegen bewirkt eine Erhöhung des Energieeinsatzes um ebenfalls 10% (bei gleichbleibendem Einsatz von Arbeit und Kapital) eine Steigerung der Wertschöpfung um durchschnittlich 4,4%, erhöht die Kosten aber lediglich um 0,5%. Der Faktor Energie ist also etwa fünfmal "produktiver" als menschliche Arbeit, obwohl er nicht einmal ein Zehntel der Kosten verursacht. Doch im Gegensatz zur menschlichen Arbeit wird die von der Energie derart billig ermöglichte Wertschöpfung bisher nur in fast vernachlässigbarem Umfang zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben und des Sozialstaates herangezogen!

Diese Zahlen machen die Grundtendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten verständlich: die Ersetzung von teurer - zudem hoch besteuert - und relativ ineffektiver menschlicher Arbeitskraft durch billige und effektive "Energiesklaven" im Zuge von Rationalisierung und Automatisierung. Hierbei werden fortlaufend Arbeitskräfte "freigesetzt" (wie die massenhafte Vertreibung von Menschen in die soziale Ungewissheit der Arbeitslosigkeit oftmals so euphemistisch umschrieben wird), die nur dann an anderer Stelle unterkommen können, wenn die Volkswirtschaft insgesamt schnell genug expandiert, wenn also an anderer Stelle neue Betriebe entstehen. Erfahrungsgemäß ist dies erst ab der sog. "Beschäftigungsschwelle" von 2,5% bis 3% Wachstum der Fall: So viel Wachstum wird Jahr für Jahr benötigt, nur um die Arbeitslosigkeit wenigstens konstant zu halten - und noch mehr, um sie allmählich abzubauen. Dies ist der tiefere Hintergrund des von den Ökonomen geforderten "Wachstumspfades". Und da der Faktor Arbeit, wie eingangs erwähnt, den zentralen "Transmissionsriemen" für die Verteilung des erwirtschafteten und die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben darstellt, führen niedrigere Wachstumsraten zu einer permanenten Zuspitzung der Krise der Sozialversicherungen und der Staatsfinanzen, also dazu, dass immer weniger Geld für Bildung und Forschung, Gesundheit, Renten, Umweltschutz und andere Gemeinschaftsaufgaben zur Verfügung steht.

Wie kann es sein, dass diese Zusammenhänge in der gegenwärtigen "Reform"diskussion fast nie thematisiert werden? Zum einen rührt es daher, dass wir Rationalisierung und Automatisierung mit "Fortschritt" identifizieren und entsprechend kritiklos willkommen heißen - die notwendige Anpassung unseres veralteten Steuersy-

stem an die veränderten Bedingungen einer modernen Wirtschaft aber "vergessen" haben. Zum anderen suggeriert die gängige Formulierung von der "gestiegenen Arbeitsproduktivität", dass die erwirtschafteten Zuwächse allein dem Faktor Arbeit zu danken seien, und ignoriert den maßgeblichen Beitrag, den die Energie hierzu geleistet hat; "gestiegene Arbeitsproduktivität" bedeutet jedoch lediglich, dass für die gleiche Wertschöpfung jetzt weniger menschliche Arbeit benötigt wird (bzw. dass mehr produziert werden muss, um noch genauso viel Arbeit einsetzen zu können!); im (hypothetischen) Extremfall einer vollautomatisierten Fabrik wäre die Arbeitsproduktivität unendlich hoch!

In Ermangelung tiefergehender Erklärungen werden zumeist die angebliche "Kostenexplosion" bei den Sozialleistungen und die demographische Entwicklung für die derzeitigen Probleme verantwortlich gemacht. Beides ist nicht stichhaltig: Zwar sind die absoluten Kosten der Sozialkassen in den letzten Jahrzehnten gestiegen, aber stets in erstaunlichem Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung. "Die Sozialleistungsquote, also der Teil des BSP, der für Soziales ausgegeben wird, hat sich [...] seit 1975 nicht wesentlich verändert. Sie lag und liegt bei rund 30%. [...] Selbst die viel beschworenen Lasten und Kosten der deutschen Einheit und eine Rekordarbeitslosigkeit haben die gesamtdeutsche Sozialleistungsquote (34%) nur marginal über das Niveau der 70er Jahre steigen lassen." (Boxberger / Klimenta [2], S. 67 f.) Im Jahr 2001 lag die gesamtdeutsche Sozialleistungsquote immer noch bei 32,1% [20]. Von einer "Kostenexplosion" kann also keine Rede sein. Explodiert sind allerdings die Beitragssätze: von ca. 27% im Jahre 1975 auf derzeit 42% - unvermeidliche Folge der Erosion der traditionellen Finanzierungsbasis, des Faktors Arbeit. Dies macht deutlich, dass der Sozialstaat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem hat, und es widerlegt auch die These von den demographiebedingten "Lasten": In einer Gesellschaft mit einer "günstigeren" Altersstruktur gäbe es zwar weniger Rentner - aber auch mehr Arbeitssuchende im erwerbstätigen Alter und somit (unter HEUTIGEN Rahmenbedingungen!) noch mehr Arbeitslose. Die demographische Entwicklung belastet zwar die Rentenkassen, entlastet aber in etwa gleichem Maße die Arbeitslosenversicherung. (In der Tat ist die Frühverrentung ja in den letzten Jahren bis an die Grenze des Missbrauchs genutzt worden, um den Arbeitsmarkt zu entlasten.) Die "Überalterung" der Gesellschaft für die Krise der Sozialsysteme in Haftung zu nehmen, geht an der tieferen Ursache vorbei - an der Tatsache, dass unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht genügend Arbeit für alle angeboten wird, auf die sich die Finanzierung des Sozialstaats stützen ließe. Gleiches lässt sich übrigens auch über die aktuell diskutierten Forderungen nach längeren Arbeitszeiten, früherer Einschulung und einer Verkürzung der gymnasialen Schulzeit sagen, denen die Hoffnung auf mehr Beitragszahler zugrundeliegt: Alle diese Maßnahmen würden den Arbeitsmarkt noch mehr belasten und sind in einer Zeit von über vier Millionen Arbeitslosen schlicht deplaziert - ganz zu schweigen davon, dass die sich in solchen Vorschlägen andeutende Reduktion von menschlichen Individuen auf beitragszahlendes "Humankapital" (oder sollte man sagen "Menschenmaterial"?) einer modernen Gesellschaft unwürdig ist.

Angesichts der extremen Schiefelage zwischen Arbeit und Energie verblasst übrigens die heutige Arbeitslosigkeit (und damit Finanzierungskrise) gegenüber der uns noch drohenden geradezu: Ohne konsequentes Gegensteuern bewegen wir uns in Richtung einer 20:80-Gesellschaft, in der nur noch 20% Arbeit finden, 80% aber schlichtweg nicht mehr gebraucht werden und durch "tittytainment", eine "Mischung aus betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernährung" ([14], S. 13), durch eine moderne Form von "Brot und Spiele" also, davon abgehalten werden sollen, aus Frust alles kaputtzuschlagen. (Die Vorhersage einer 20:80-Gesellschaft entstammt nicht etwa der Hysterie von Globalisierungsgegnern, sondern einer von Michail Gorbatschow organisierten, hochkarätig besetzten Konferenz von 500 Politikern, Wirtschaftsführern und Wissenschaftlern der ganzen Welt in San Francisco im September 1995; vgl. [14]) Und selbst wenn sich diese Prognose als zu pessimistisch erweisen sollte: Auch "nur" eine "40:60-Gesell-

schaft" wäre mehr als desaströs. Jetzt wird auch einsichtig, weshalb die maßgeblichen wirtschaftspolitischen Konzepte unserer Zeit, sowohl der bis in die 1970er Jahre dominante nachfrageorientierte Keynesianismus als auch der seither scheinbar alternativlos herrschende angebotsorientierte Neoliberalismus, keine adäquate Antwort auf die heutigen Krisenerscheinungen haben (siehe hierzu ausführlich [8]): Bei beiden auf den ersten Blick so konträr wirkenden Ansätzen handelt es sich letztlich um "trickling down"-Theorien, denen es in erster Linie um die Förderung des Wachstums geht - in der selbstverständlichen Erwartung, dieses werde automatisch allen zugute kommen. Sie unterscheiden sich lediglich in den Methoden, wie sie Wachstum stimulieren wollen: Der Neoliberalismus will durch Steigerung der Unternehmensgewinne, Deregulierung und "Entfesselung" der Marktkräfte Investitionen ermöglichen, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen sollen, während die (Neo-)Keynesianer auf eine Dämpfung der Konjunkturschwankungen durch antizyklische Haushaltspolitik, Wirtschaftsankurbelung durch staatliches "deficit spending" sowie die Förderung der Binnennachfrage setzen. Der Denkfehler im neoliberalen Ansatz, zur Schaffung neuer

Arbeitsplätze das Investitionsklima zu verbessern, liegt darin, dass Investitionen heute nur noch bedingt in den Faktor Arbeit fließen: In Deutschland wird seit 30 Jahren etwa ebenso viel in arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsmaßnahmen investiert wie in Arbeitsplätze schaffende Kapazitätserweiterungen; erst an der Beschäftigungsschwelle, jenen magischen 3% Wachstum pro Jahr, gewinnen die Erweiterungsinvestitionen allmählich die Oberhand. Auch eine Entlastung der Unternehmen ändert nichts an der relativen Unrentabilität der menschlichen Arbeit gegenüber Kapital und Energie: Arbeitsplätze entstehen nicht aus "karitativen" Motiven, weil sich die Unternehmen diesen "Luxus" aufgrund ihrer Gewinn-situation gewissermaßen "leisten" könnten, sondern nur dann, wenn es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist - was unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen allzu häufig nicht der Fall ist: Es wird oft über die angeblich fehlende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufgrund des hohen Lohnniveaus geklagt - weitgehend zu Unrecht, immerhin ist Deutschland nach wie vor Exportweltmeister; der wesentlich bedeutsamere Verdrängungswettbewerb zwischen den Produktionsfaktoren hingegen wird komplett vernachlässigt. Die Börsen hingegen haben das Gefälle in den Produktionsmächtigkeiten zumindest intuitiv längst erkannt, was daran deutlich wurde, dass sie während des Booms der 1990er Jahre die Ankündigung von Massenentlassungen regelmäßig mit wahren Kursfeuerwerken honoriert haben.

Auch die (neo-)keynesianischen Vorschläge, zur Konjunkturan-kurbelung neue Schulden in Kauf zu nehmen, krankten an der unkritischen Übernahme des Wachstumsparadigmas: Zwar handelt es sich bei der Idee der antizyklischen Haushaltspolitik um einen durchaus richtigen und vernünftigen Ansatz, der den USA (im Rahmen von Franklin D. Roosevelts "New Deal") aus der Weltwirtschaftskrise heraushalf, während in Deutschland die prozyklische Sparpolitik Brünnings zu einer drastischen Verschärfung der Krise führte. Aber die heutige Situation ist mit der damaligen nicht vergleichbar: Wäre die heutige Arbeitslosigkeit konjunkturell bedingt, dann wäre (vorübergehendes!) staatliches "deficit spending" zur Wirtschaftsankurbelung in der Tat sinnvoll. Von konjunktureller Arbeitslosigkeit kann aber bei weiterhin, wenn auch "nicht schnell genug" wachsender Wirtschaft nicht die Rede sein; vielmehr ist unsere Arbeitslosigkeit weitgehend strukturell bedingt, durch die Schiefelage zwischen Arbeit und Energie. Dass dennoch allenthalben von "Konjunkturschwäche" und "lahmender Wirtschaft" gesprochen wird, ist eine Folge der unhaltbaren Vorstellung vom auch langfristig einzuschlagenden "Wachstumspfad" von 3% pro Jahr; so wird bereits ein Absinken auf 0,5% oder 1% als "Wirtschaftseinbruch" wahrgenommen, der dann eine staatliche Neuverschuldung rechtfertigt. Die Grenze zwischen "guten" und "schlechten" Zeiten wird völlig falsch gezogen; sie wird nicht etwa, wie es vernünftig wäre, durch die Nulllinie ("Nullwachstum") markiert, sondern durch jenen "Wachstumspfad" von 3%. Die Konsequenz: Seit über 30 Jahren haben wir fast nur noch schlechte

Zeiten, weil wir jene 3% schlichtweg nicht mehr erreichen, müssen daher die Wirtschaft permanent "ankurbeln" und nehmen dazu von Jahr zu Jahr immer gigantischere Schulden auf. Diese würden wir auch tilgen, sobald mal wieder "gute" Zeiten kämen; nur: Die guten Zeiten wollen partout nicht kommen - unvermeidliche Folge unserer verzerrten Betrachtungsweise. Das Ganze ist aus zwei Gründen fatal: Zum einen bedeuten die damit verbundenen Zinszahlungen (derzeit 38 Milliarden Euro pro Jahr allein auf die Bundesschuld) eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, von der Gesamtheit der Steuerzahler hin zu den Vermögenden; zudem verstärken die immer drückenderen, durch den Zinseszinsseffekt dramatisch eskalierenden Zinslasten die Wachstumsabhängigkeit noch weiter, da nur durch weiteres Wachstum die Belastung halbwegs erträglich, die Zinszahlungen finanzierbar gehalten werden können. Zum anderen bleibt das solchermassen viel zu teuer bezahlte Wachstum ohne erkennbare positive Auswirkungen, vermag allenfalls den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit etwas zu bremsen. Ein neuerlicher kräftiger "Schluck aus der Pulle", eine weitere Erhöhung der Neuverschuldung würde die Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Angesichts des Schuldenabgrunds, an dem wir heute schon stehen, sind diesbezügliche Überlegungen (wie sie auch die aktuelle Diskussion um die Steuerreform geprägt haben) bestenfalls als Ausdruck völliger Verzweiflung und Ratlosigkeit zu interpretieren. Desweiteren verkennen die Neokeynesier, dass die von ihnen ebenfalls propagierten Lohnerhöhungen zur Stärkung der Binnennachfrage das oben beschriebene Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Energie weiter vergrößern und damit den Rationalisierungsdruck, der auf der Arbeit lastet, noch erhöhen würden. Auch in dieser Hinsicht mutet der neokeynesianische Ansatz wie ein verzweifelter Versuch an, sich in Münchhausenscher Manier am Schopf der Problemursachen aus dem Sumpf der Probleme herauszuziehen. Beide Konzepte, das keynesianische wie das neoliberaler, sind also im Paradigma fortdauernden Wirtschaftswachstums gefangen; die unreflektierte gedankliche Identifikation von "Wachstum" mit positiv besetzten Begriffen wie "Fortschritt" oder "Aufschwung" hat den Blick darauf verstellt, wie sehr uns die Schiefelage zwischen Arbeit und Energie geradezu zu Sklaven des Wachstums gemacht hat. Diesen grundlegenden Strukturfehler unseres Wirtschaftssystems durch eine Ankurbelung der Konjunktur lösen zu wollen, ist in etwa so sinnvoll, als würde man ein defektes Kugellager am Auto nicht austauschen, sondern zur Kompensation der erhöhten Reibung immer stärkere Motoren einbauen.

Fassen wir zusammen: Bei den heutigen Krisenerscheinungen handelt es sich nicht um eine Wirtschaftskrise im eigentlichen Sinne; vielmehr sind sie Ausdruck einer tiefen strukturellen Schwäche des Faktors Arbeit, die aus dem Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Energie resultiert. Angesichts der hauptsächlichlichen Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben über Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit hat diese strukturelle Schwäche dazu geführt, dass die gleichermaßen wichtigen Ziele "Schaffung von Arbeitsplätzen" einerseits und "Finanzierung von Bildung, Sozialstaat usw." in einen vermeintlich unauflösbaren Grundkonflikt geraten sind: Um die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern, müsste Arbeit "attraktiver", sprich billiger werden, was den Abwurf des "sozialen Ballastes" gebieten würde, also die Preisgabe des zweiten Ziels!

Um die Finanzierung von Schulen und Hochschulen wie auch der Sozialsysteme und sonstigen Gemeinschaftsaufgaben dauerhaft zu sichern, ist es daher dringend geboten, dafür endlich auch den Faktor mit der höchsten Produktionsmächtigkeit, die Energie, heranzuziehen und im Gegenzug die Arbeit zu entlasten. Dies entspricht dem Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, das in Deutschland Verfassungsrang genießt, nun allerdings von den Individuen auf die Produktionsfaktoren übertragen werden muss. Die heutige Lohn- und Einkommenssteuer wie auch die Sozialabgaben müssen großenteils durch Energiesteuern abgelöst werden. Selbstredend ist eine solch fundamentale Umstellung nicht über Nacht zu bewerkstelligen, sondern muss in relativ kleinen Schritten über einen Zeitraum mehrerer Jahrzehnte geschehen, wie es das Konzept der "ökologischen" Steuerreform vorsieht. (Wie der skizzierte,

gänzlich ohne ökologische Argumente auskommende Ansatz zeigt, ist diese Namensgebung eigentlich unglücklich weil irreführend.) Auch aufgrund ungeschickter "Vermittlung" und inkonsequenter Umsetzung ist dieses Konzept leider weithin in Misskredit geraten. Es sei darum noch einmal ausdrücklich betont, dass es dabei nicht um ein kurzfristiges Stopfen von Haushaltslöchern geht, sondern um eine aufkommens- und verteilungsneutrale (!) Anpassung unseres aus dem 19. Jahrhundert stammenden Steuersystems an die Realitäten einer modernen Wirtschaft, darum, die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben wieder auf ein solides, langfristig tragfähiges Fundament zu stellen.

Die diversen Einwände gegen dieses Konzept sind in [3] und [9] ausführlich diskutiert; darum seien hier nur zwei Punkte kurz herausgegriffen: - Oft ist zu hören, es sei sinnlos, sich wie die Maschinenstürmer des 19. Jahrhunderts gegen Rationalisierung und Automatisierung aufzulehnen. Darum geht es aber gar nicht: Soweit die Ersetzung menschlicher Routinearbeit durch Maschinen und Computer ein Mehr an Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht, wäre es falsch, sie aufhalten zu wollen; schon gar nicht soll Schwerstarbeit wieder von Maschinen auf menschliche Arbeiter zurückverlagert werden. Es geht vielmehr darum, die mittels Maschinen und Computern geschaffene Wertschöpfung angemessen zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen. Dies wird es möglich (und finanzierbar!) machen, die Menschen vorwiegend dort einzusetzen, wo sie ihre wahren menschlichen Potentiale entfalten können: im sozialen Bereich, im Bildungswesen oder in wissenschaftlichen, künstlerischen oder sonstigen kreativen Berufen - alles Bereiche, in denen bereits heute an sich genügend Arbeit vorhanden wäre, für die aber das Geld fehlt. Ferner wird die heute schier unbezahlbare Reparatur von Geräten mit auch nur geringfügigen Defekten gegenüber der ressourcenverprassenden Produktion eines neuen Geräts wieder lohnenswert. Und ganz nebenbei wird durch das Schließen der Schere zwischen Brutto und Netto der Anreiz zur Schwarzarbeit reduziert.

Immer wieder wird die angebliche Unmöglichkeit nationaler Alleingänge ins Feld geführt. Diese Argumentation übersieht, dass es zu keinen Mehrbelastungen, sondern nur zu einer Umschichtung der Belastung kommt, welche für die Volkswirtschaft insgesamt keine Wettbewerbsnachteile mit sich bringt. Vielmehr wird ein Strukturwandel ausgelöst, hin zu sinkender Energieintensität und steigender Arbeitsintensität; insgesamt wird die Arbeitsmarktbilanz der Reform ausgesprochen positiv sein. Um ein konkretes Beispiel zu geben: Selbst wenn (im ungünstigsten Fall!) etwa die Aluminiumindustrie abwandern sollte, so werden im Gegenzug z.B. Elektrogeräte aus den Nachbarstaaten nach Deutschland zur Reparatur gebracht werden. Die schrittweise Umsetzung der Reform gewährleistet dabei, dass bei den "Verlierern" dieses Strukturwandels die Arbeitsplätze nicht schneller vernichtet werden, als sie bei den "Gewinnern" neu entstehen. Ob es auch möglich ist, die hier postulierte weitgehende Umschichtung der Steuer- und Abgabenlast von der Arbeit zur Energie im Alleingang über vielleicht dreißig Jahre durchzuhalten, sei dahingestellt, da dies eine akademische Frage ist: Zum einen wird eine ökologische Steuerreform bereits HEUTE in zahlreichen europäischen Ländern praktiziert, wenn auch eher halbherzig; vor allem aber wird ein Land, das eine entschlossene Vorreiterrolle übernimmt, nicht lange allein bleiben: Wenn nach einigen Jahren die Segnungen der Reform offenkundig werden, werden auch die anderen Länder nachziehen. Indem die skizzierte Reform zur Überwindung unserer derzeitigen Wachstumsabhängigkeit beiträgt, erlaubt sie die Rückgewinnung politischer und gesellschaftlicher Entscheidungsfreiheit: Wie allenthalben zu beobachten, unterliegt die Politik derzeit mannigfachen teils vorgeschützten, vielfach aber doch sehr realen "Sachzwängen"; Erich Fromm charakterisierte unsere Lage bereits 1955 in [5] mit dem Emerson-Zitat "Die Dinge sitzen im Sattel und reiten die Menschheit." Meist werden diese Sachzwänge von dem Bemühen diktiert, Arbeit um beinahe jeden Preis zu schaffen oder zu erhalten: Rüstungsexporte werden mit dem Arbeitsplatzargument genauso gerechtfertigt wie das übereilte Durchpeitschen neuer, in ihren Auswirkungen noch völlig unübersehbarer Technologien wie

etwa der Gentechnik. Das verzweifelte Hoffen auf den dringend benötigten "Innovationsschub" beraubt uns der Freiheit, in Ruhe erst einmal die Chancen und Risiken abzuwägen und ethische Probleme eingehend zu diskutieren. Stattdessen müssen wir dem "Fortschritt" hinterherhecheln, um nur ja nicht den Anschluss zu verpassen. Bedenken hiergegen werden mit exakt dem Argument beiseite gewischt, mit dem in dem Film "Der Pate" ein Mafioso auf Vorbehalte seines Bosses gegen die Beteiligung am Heroin"geschäft" geantwortet hat: "Wenn wir da nicht einsteigen, dann tun es die anderen." In einer auf die oben skizzierte Weise von ihrer Wachstumsabhängigkeit geheilten Wirtschaft werden derartige Sachzwänge weitgehend entfallen; die Gesellschaft gewinnt die Freiheit zurück, erst einmal für sich selbst zu definieren, was sie als Fortschritt erachtet und umsetzen will und was nicht, und sodann einen entsprechenden Entwicklungspfad anstelle des monotonen und phantasielosen "Wachstumspfad" einzuschlagen; oder ist das wirklich noch Fortschritt, der uns zu seinem Gefangenen macht, wenn wir ihm nicht schnell genug folgen auf dem Weg "aufwärts"?

Die Einbeziehung der Energie in die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben wird ein zentrales, aber beileibe nicht das einzige Instrument sein, um Bildung und Soziales dauerhaft finanzierbar zu machen. So muss z.B. auch der Faktor Kapital wieder angemessen besteuert werden, nicht zuletzt zur Kompensation der zinsbedingten Umverteilung von unten nach oben. Leider sind die Staaten aufgrund der extremen Mobilität des Kapitals immer erpressbarer geworden; selbst sozialdemokratische Regierungen werden in ein Steuersenkungswettrennen hineingezwungen, weil ihnen niedrige Steuereinnahmen lieber sein müssen als überhaupt keine Einnahmen. Dieses Dilemma wird sich letztlich wohl nur durch die Einigung auf internationale Mindeststeuersätze völlig lösen lassen. (Hingegen kann die Energiebesteuerung wie erwähnt auch im nationalen Alleingang durchgeführt werden.) Wichtig wird es natürlich sein, die Finanzmärkte, die sich immer mehr von der Realwirtschaft abgelöst und der staatlichen Kontrolle entzogen haben, wieder zu domestizieren, insbesondere die ausufernde Währungsspekulation einzudämmen, die ganze Volkswirtschaften zu Spielbällen des Wettiebers der Börsianer macht und schon mehrmals das gesamte Weltfinanzsystem gefährlich destabilisiert hat. Ein hervorragendes Instrument hierfür ist die u.a. von Attac propagierte sog. Tobin-Steuer, eine vom amerikanischen Nobelpreisträger James Tobin bereits 1972 vorgeschlagene geringfügige Steuer auf Devisentransaktionen, die der Spekulation schlagartig den Boden entziehen würde. Übrigens wird die mit einer Verlagerung der Steuer- und Abgabenlast von der Arbeit zur Energie verbundene strukturelle Stärkung des Faktors Arbeit auch die Überlegenheit des Faktors Kapital reduzieren und es erleichtern, diesen ebenfalls wieder stärker zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen. Ebenso wird die mit einer Energieverteuerung einhergehende Verteuerung der Transporte nicht nur mancherlei ökologisch fragwürdige Auswüchse unterbinden - so reist z.B. ein Erdbeerjoghurt im Schnitt 3.500 km weit, bis er auf den Tisch des Kunden gelangt ([16], S. 150) -, sie wird auch die aus einem unkontrollierten Freihandel resultierenden Konzentrations- und Globalisierungszwänge entschärfen, die heute die Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Demokratien einengen, und zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe beitragen. Die Energieverteuerung baut gewissermaßen ein dämpfendes, stabilisierendes Element in ein aufgrund seiner eigenen Hypereffizienz zum Überschwängen neigendes System ein, ähnlich wie es die Tobin-Steuer im Bereich der Finanzmärkte beabsichtigt.

Freilich sind es nicht allein die aus den skizzierten Strukturfehlern unseres Wirtschafts- und Steuer-, aber auch unseres Finanzsystems resultierenden Sparzwänge, die dem geplanten Bildungsschlag, genauer: dem Kahlschlag staatlicher Bildung zugrundeliegen; dieser hat noch einen anderen brisanten Aspekt: Er ordnet sich ein in den in der Ideologie des Neoliberalismus und seinem Glauben an die Unfehlbarkeit des Marktes wurzelnden Trend zur systematischen Entmachtung des Staates und zur Privatisierung und Kommerzialisierung von immer mehr Gemeinschaftsaufgaben.

So wie die Krise der beitragsfinanzierten Rente und der gesetzlichen Krankenversicherung von interessierten Kreisen instrumentalisiert wird, um das bewährte kontinentaleuropäische Sozialstaatsmodell zu demontieren und die Menschen in die private Vorsorge zu treiben (und damit der Versicherungswirtschaft gigantische neue Märkte zu erschließen!), so soll nun offenbar die staatliche Bildung sturmreif geschossen werden, um den Weg für private Bildungsanbieter zu ebnen. Robert Reich, 1992 bis 1996 Arbeitsminister im ersten Kabinett von Bill Clinton, hat diese Instrumentalisierung selbstgeschaffener Sparzwänge treffend beschrieben:

"Seit zwölf Jahren haben die Republikaner eine Strategie für die Schrumpfung des Regierungsapparates vervollkommen. Die öffentlichen Ausgaben konnten sie nie ganz direkt aufs Korn nehmen; zu viele Programme waren zu populär. Also haben sie sich etwas anderes einfallen lassen: Als erstes senkten sie die Steuern. Sie erzählten der Öffentlichkeit, Steuersenkungen würden so viel unternehmerischen Eifer auslösen, dass sich das durch neue Steuereinnahmen mehr als ausgleichen werde. Als das dann nicht eintrat und sich das Haushaltsdefizit aufblähte, legten sie eine andere Platte auf. Regten sich gewaltig auf wegen der unverantwortlichen Handhabung der Steuern. Riefen nach massiver Reduzierung des Defizits. Sagten unentwegt, wie wichtig es sei, den Haushalt auszugleichen. Als Reagan antrat, fand er ein bescheidenes Defizit (1980 betrug es 59 Milliarden Dollar) und eine tragbare Verschuldung (914 Milliarden Dollar) vor. Aber indem er die Steuern senkte - vor allem die der Reichen (der Spitzensatz fiel von 70 auf 28 Prozent) - und die Verteidigungsausgaben hochpeitschte, summierete sich das Defizit auf 200 Milliarden Dollar im Jahr, und zwar - nach Stockmans denkwürdigen Worten - "so weit das Auge blickt". Demokraten, die für ihre Lieblingsprogramme mehr Geld wollten, machten nur allzu gerne mit. Zwölf Jahre später liegt die Verschuldung bei über 4 Billionen Dollar, und das Jahresdefizit übersteigt 300 Milliarden. Jetzt verlangen die Republikaner eine Reduzierung des Defizits. Und da ein beträchtlicher Teil der amerikanischen Arbeiterschaft weniger verdient als vorher und keine höheren Steuern verkraften kann, bleibt realistischerweise für eine Reduzierung des Defizits nichts anderes übrig als die Kürzung der Ausgaben. Presto! Die Strategie hat wunderbar funktioniert." ([15], S. 46f.)

Eine unheilvolle Rolle bei der Kommerzialisierung der Gemeinschaftsaufgaben spielt das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) der Welthandelsorganisation WTO, in dessen Rahmen derzeit über weitreichende Liberalisierung- und Marktöffnungsschritte auf allen Feldern des Dienstleistungsbereichs verhandelt wird - bezeichnenderweise weitgehend ohne Beteiligung von Parlamenten und Öffentlichkeit und damit ohne ausreichende demokratische Legitimation und Kontrolle. Auch öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Trinkwasserversorgung oder Gesundheit sind betroffen; sie können nur dann angenommen werden, wenn sie WEDER "im Wettbewerb" mit anderen Anbietern NOCH "auf kommerzieller Basis" erbracht werden (Artikel I.3.c); insbesondere müssen sie dazu vollständig staatlich finanziert sein. Die Forderung nach Einführung von Studiengebühren erscheint vor diesem Hintergrund ebenso in neuem Licht wie die Arzneimittelzuzahlungen: Beides würde eine "kommerzielle Basis" darstellen und damit die Tür für die Anwendbarkeit des GATS öffnen. Die USA haben schon "Interesse an der Liberalisierung des Bildungssektors angemeldet, und die privaten US-Krankenversicherer beschwerten sich bereits über den 'schwierigen Marktzugang' im Ausland." [21] Die Summen, um die es dabei geht, sind auch zu verlockend: "Die Weltbank schätzt den weltweiten Markt für Wasserversorgung auf jährlich 800 Milliarden Dollar, den für Bildung auf 2000 Milliarden Dollar und jenen für Gesundheitsdienstleistungen auf 3500 Milliarden Dollar. Die EU-Kommission gibt unverblümt zu: 'Das GATS ist [...] zuallererst ein Instrument zugunsten des Geschäftemachens' (first and foremost an instrument for the benefit of business)." [21]

Die Grundprinzipien des GATS gestatten es, die Regelungsmöglichkeiten der nationalen Demokratien weitgehend auszuhebeln (siehe hierzu ausführlich [10]): So würden z.B. nach dem Grund-

satz der Inländerbehandlung Subventionen, die ausschließlich an öffentliche Bildungseinrichtungen gewährt werden, eine "Diskriminierung" ausländischer privater Anbieter darstellen. Der Staat müsste also sämtliche "Subventionen" im Bildungsbereich einstellen (und diesen somit völlig privatisieren), oder aber private Einrichtungen im gleichen Maße wie staatliche fördern, was zu einem Zwei-Klassen-Bildungssystem führen würde, wie es bereits heute in den USA existiert. Durch das GATS droht die Privatisierung und Kommerzialisierung fast aller Gemeinschaftsaufgaben und öffentlichen Dienste, die Kommerzialisierung von Menschlichkeit und Solidarität. Auch so zentrale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Umweltschutz, Wasserversorgung etc. würden zu bloßen Spielfeldern des Wettbewerbs degradiert, Patienten zu "Konsumenten von Gesundheitswaren", Schüler und Studenten zu "Konsumenten von Bildungswaren" usw. Privatisierung und "Liberalisierung" von Dienstleistungen führt dazu, dass diese sich nicht mehr an den Bedürfnissen der breiten Bevölkerung orientieren, sondern allein den Marktgesetzen unterliegen. Es ist aber völlig absurd anzunehmen, dass der vom Markt gefundene Ausgleich egoistischer Einzelinteressen automatisch die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt maximiert, wie es die Marktgläubigen unverdrossen verheißen, obwohl sie durch das allenthalben zu beobachtende Marktversagen permanent widerlegt werden; man denke nur an den privatisierungsbedingten Zerfall des englischen Bahnsystems, an die sich häufenden Netzzusammenbrüche in den USA nach der Liberalisierung des Strommarktes oder daran, dass die Pharma-Industrie schon heute lieber in medizinisch letztlich unnötige Lifestyle-Produkte investiert als in die Entwicklung von Medikamenten zur Bekämpfung seltener (oder nur in armen und insofern irrelevanten Ländern auftretender) Krankheiten.

Besonders fatal wäre es, den Bildungsbereich dem Markt zu überlassen. Durch die Privatisierung oder besser Ökonomisierung des Schul- und Hochschulwesens käme es zu einer systematischen Reduktion von Bildung auf die bloße Vermittlung von berufsrelevanten und für die Wirtschaft "interessanten" Fertigkeiten. (Auch hierfür bietet der sog. "Notwendigkeitstest" des GATS eine direkte Handhabe: Private "Bildungsanbieter" könnten gegen die verbindliche Festschreibung von Studieninhalten mit der Begründung vorgehen, diese seien für die spätere berufliche Praxis entbehrlich und stellten daher eine unnötige "Handelseinschränkung" dar.) Das faktische Ende der Freiheit von Forschung und Lehre und deren Unterordnung unter die Interessen der Geldgeber wäre besiegelt. (So ist es etwa an der University of Oregon verboten, über Arbeitsbedingungen der Firma Nike zu forschen, da Nike ein Hauptsponsor der Universität ist. [22]) Die sog. Orchideenfächer und überhaupt alles, was keine oder nur geringe praktische Nutzenanwendung verspricht, was aber die kulturellen Errungenschaften unserer Zivilisation ausmacht, uns auf eine höhere Dimension als die der Gewinnmaximierung verweist oder aber einfach nur "schön" ist, bliebe auf der Strecke: Ägyptologie, Byzantologie, reine Mathematik, Literaturwissenschaft, Theologie, Philosophie, Ökologie, Wirtschaftsethik... Und auf der Strecke bliebe die vornehmste Aufgabe von Bildung: die Erziehung zum kritischen Denken, zur intellektuellen Autonomie im Sinne des von Kant zum Wahlspruch der Aufklärung erkorenen "Sapere aude!". Es sind dies genau die Qualitäten, die so dringend nötig sind, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Bereits 1964 hatte Erich Fromm diesbezüglich geklagt: "Die überwältigende Mehrzahl der Menschen im Westen hat zwar die wissenschaftliche Methode in der Schule oder auf der Universität 'gelernt', ist aber von der Methode wissenschaftlichen, kritischen Denkens nie wirklich berührt worden. Sogar die meisten professionellen Naturwissenschaftler sind Techniker geblieben und haben sich keine wissenschaftliche Einstellung angeeignet." ([6], S. 90)

Auch die Bestrebungen zur Einführung von Studiengebühren sind im Zusammenhang zu sehen mit dem systematischen Rückzug des Staates aus dem Bildungsbereich und dessen schrittweiser Kommerzialisierung. (Bezeichnend für die diese Entwicklung begünstigende Kultur- und Bildungsvergessenheit ist die unsägliche Äußerung des ehemaligen "Zukunftsministers" Jürgen Rüttgers,

der die Universität im klassischen Humboldtschen Sinne bereits 1997 für "tot" erklärt hatte.) Dabei sollte sich niemand der Illusion hingeben, die derzeit diskutierten Summen von ca. 500 Euro pro Semester seien das letzte Wort: Studiengebühren in dieser Größenordnung würden in Bayern z.B. nicht einmal die Hälfte der bis 2008 anvisierten Kürzungen kompensieren - von zusätzlichen Geldern für die Hochschulen, wie es ja eigentlich ihr Sinn sein soll, ganz zu schweigen. Es liegt daher auf der Hand, dass man - wenn erst einmal der Einstieg "geglückt" ist - alsbald zu wesentlich höheren Summen übergehen würde. Wohin diese Reise langfristig führen würde, kann uns ein Blick auf das amerikanische Hochschulsystem lehren, das uns ja immer wieder (meist von Leuten, die es nie selbst erlebt haben) als leuchtendes Vorbild angepöbeln wird (obwohl es in Ermangelung eines eigenen breiten Akademikernachwuchses nicht unerheblich auf dem Exodus auch deutscher Nachwuchswissenschaftler in die USA fußt): Dort sind Studiengebühren von ca. 10.000 Dollar pro Jahr an staatlichen, 25.000 Dollar an privaten Universitäten gang und gäbe, während man für Spitzenunis wie Yale oder Harvard gar die schier unvorstellbare Summe von 50.000 Dollar pro Jahr hinblättern muss. Das Plädoyer für Studiengebühren unter der Bedingung, dass diese den Hochschulen zugute kommen, ist übrigens bestenfalls naiv: Es ist ein Leichtes, die eingenommenen Gelder pro forma bei den Hochschulen zu belassen, den entstandenen "Spielraum" dann aber zu nutzen, die staatlichen Mittel noch stärker zurückzufahren....

Aber selbst die jetzt diskutierten ca. 1.000 Euro pro Jahr wären aus Gründen der Chancengleichheit nicht zu vertreten, würden Kinder aus sozial schwächeren Schichten in großem Ausmaß vom Studium abhalten. Bei denjenigen, die sich dennoch auf das finanzielle Abenteuer einlassen, ist mit einer weiteren Verlängerung der Studiendauer zu rechnen - weil sie nämlich in noch größerem Maße als heute schon arbeiten müssten, um neben dem Lebensunterhalt auch noch die Studiengebühren zu erwirtschaften. Die Hoffnung, durch Stipendiensysteme solche Auswirkungen vermeiden zu können, ist wenig realistisch: Eine staatliche Finanzierung ist illusorisch in Zeiten leerer Kassen (schlimmer: in Zeiten, in denen man erst einmal viele, viele Milliarden in die Staatskassen einzahlen müsste, damit diese wenigstens leer sind!) Somit ist allenfalls eine private Finanzierung denkbar, durch die sich die Hochschulen in die Abhängigkeit vom Wohlwollen, von der Spendenbereitschaft und der Einflussnahme der Geldgeber begeben würden. Zu bedenken ist auch, dass das amerikanische Stipendiensystem nicht über Nacht aus dem Boden gestampft wurde, sondern über viele Jahrzehnte allmählich gewachsen ist. Und selbst ein funktionierendes Stipendienwesen beseitigt nicht die Asymmetrie, dass durchschnittlich Begabte aus ärmeren Familien, die für ein Stipendium nicht "gut genug" sind, de facto ausgeschlossen würden, nicht jedoch die Mittelmäßigen aus begüterteren Familien, die auf ein Stipendium nicht angewiesen sind. Zudem besteht die Gefahr, dass Stipendien teilweise nach sachfremden Kriterien vergeben werden, wie die gar nicht so seltenen Fälle in USA demonstrieren, in denen es für einen Elite-Abschluss genügt, hinreichend begnadet Basketball oder Baseball spielen und hierdurch den Ruhm der eigenen Universität mehren zu können.

Einer der gravierendsten Nachteile von Studiengebühren besteht darin, dass jeder Besuch von für den betreffenden Studiengang "irrelevanten" Vorlesungen, jeder Blick über den Tellerrand des eigenen Faches hinaus (aber auch jede nicht unbedingt notwendige Vertiefung innerhalb des eigenen Faches) zum teuren Luxus würde. Damit würde die Reduktion des Studiums auf bloße Berufsausbildung weiter vorangetrieben; die Universitäten würden degradiert zu "Produktionsstätten" für sich möglichst stromlinienförmig (und unkritisch!) in die Erfordernisse der Wirtschaft einpassendes "Humankapital", zum "Durchlauferhitzer" für jene von Erich Fromm beschriebenen "Techniker" ohne wirklich wissenschaftliche Einstellung. Ähnlich kritisch wie Studiengebühren sind in diesem Zusammenhang übrigens auch die gelegentlich ins Gespräch gebrachten "Bildungskonten" zu bewerten: Auch bei diesem Modell besteht die Gefahr einer finanziellen Sanktionierung für den Besuch von über den Studienplan hinausgehenden, unter dem As-

pekt einer bloßen Berufsausbildung jedoch "nutzlosen" Vorlesungen.

Geradezu zynisch ist es, Studiengebühren als Instrument für mehr Mitsprachemöglichkeiten der dann zu "zahlenden Kunden" mutierenden Studenten zu feiern. Es ist im Gegenteil zu befürchten, dass sich alsbald eine Anspruchsmoralität einstellen würde, die Haltung, man habe für die guten Noten und den Studienerfolg ja genügend gezahlt und wolle jetzt - möglichst ohne großen eigenen Aufwand - auch Ergebnisse sehen. Mit der Übernahme echter Mitverantwortung für die eigene Hochschule hat dies nichts zu tun. Vielmehr droht ein sukzessiver Niveauverlust und eine weitere Verschärfung der schon heute eher schleichend zu beobachtenden Noteninflation - von der übrigens auch die Elite-Universitäten nicht verschont bleiben, wie die kürzlich bekannt gewordene Geschichte des Harvard-Professors Harvey C. Mansfield beleuchtet, der seinen Studenten zusätzlich zu den "offiziellen" Noten intern auch noch die tatsächlich angemessenen (und wesentlich schlechteren) Noten nannte, damit diese sich ein realistischeres Bild über ihren wahren Leistungsstand machen konnten. [23]

Schließlich werden Studiengebühren damit gerechtfertigt, dass Akademiker in der Regel später besser verdienen und daher auch einen entsprechenden Solidarbeitrag erbringen sollten. Die letztere Forderung ist im Kern völlig richtig. Ihr durch Studiengebühren gerecht werden zu wollen, lässt aber außer acht, dass der höhere Verdienst von Akademikern nur ein statistischer Durchschnittswert ist: Wer (z.B. aufgrund einer "falschen", d.h. wirtschaftlich "nutzlosen") Studienfachwahl später arbeitslos ist oder lediglich ein unterdurchschnittliches Einkommen erzielt, wäre der Leidtragende. Wesentlich konsequenter ist es, die Akademiker (und zwar zielgenau die Besserverdienenden unter ihnen!) stärker über das Steuersystem an der Finanzierung der Hochschulen zu beteiligen - etwa indem man den Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen erhöht. Dass alle derartigen Vorschläge (sofern sie überhaupt noch jemand zu äußern wagt) sogleich vehement als "Neiddebatte" abgeblockt und verunglimpft werden, entlarvt das Argument, durch Studiengebühren leisteten die Akademiker einen sinnvollen "Solidarbeitrag", als Nebelkerze, die davon ablenken soll, wie sehr durch die Privatisierung der Bildung im Gegenteil die Entsolidarisierung vorangetrieben würde.

Unsere Betrachtungen machen deutlich, dass es nicht allein darum gehen kann, die Hochschulen von den den anderen Bereichen und gesellschaftlichen Gruppen auferlegten Spardiktaten auszunehmen, sondern vielmehr die Sparzwänge selbst in ALLEN Bereichen im oben skizzierten Sinne simultan anzugehen. Dazu gilt es, zunächst einmal die wirtschaftstheoretischen Grundlagen zu legen, um die kurzschlüssige Argumentationskette aufzubrechen, dass wir alle den Gürtel enger schnallen sollen, weil nicht genug Geld in der Staatskasse sei. Die betroffenen Gruppen - zum einen Erwerbstätige / Beitragszahler, zum anderen Rentner, Kranke, Arbeitslose, zum dritten Schulen und Hochschulen - dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen und in einen bloßen Verteilungskampf hineinzwängen lassen, wie es die neoliberalen Deformer getreu der bewährten Herrschaftsstrategie "Divide et impera!" versuchen, etwa indem sie mit Verweis auf die demographische Entwicklung einen Scheinkonflikt zwischen Jung und Alt, zwischen sozialer und intergenerationaler Gerechtigkeit konstruieren oder indem sie den Sozialabbau als Rechtfertigung für den (nunmehr quasi aus Gründen der Gleichbehandlung erforderlichen) Bildungskahlschlag instrumentalisieren. Vielmehr müssen diese Gruppen sich darauf besinnen, dass sie letztlich als gemeinsame Leidtragende alle im selben Boot sitzen - was die Chance auf eine breite Allianz für wirkliche Reformen anstelle der momentanen "Deformen" eröffnet. Die Protestbewegung gegen den Bildungskahlschlag kann deshalb nur erfolgreich sein, wenn sie diese übergeordneten Zusammenhänge berücksichtigt und thematisiert, sich nicht auf einen Verteilungskampf um die ohne grundlegendes Umsteuern ohnehin unweigerlich versiegenden finanziellen Mittel beschränkt. Stellt sie sich aber dieser umfassenderen Aufgabe, so eröffnet sich die große Chance, unser Gemeinwesen wieder auf einen Entwicklungspfad zurückzubringen, bei dem nicht die Wirtschaft an erster Stelle

steht, sondern der Mensch.

Quellen und Literaturhinweise:

- [1] Ayres, Robert; Warr, Benjamin: Accounting for growth: the role of physical work, in: Reappraising Production Theory, Workshop of the Max Planck Institute for Research into Economic Systems, Jena 2001
- [2] Boxberger, Gerald; Klimenta, Harald: Die 10 Globalisierungslügen, dtv, München 1998
- [3] Fabeck, Wolf von; Grahl, Jürgen: Die ökologische Steuerreform - Arbeit und Wohlstand für alle, in: Solarbrief 3/02 (2002), S. 98-104; im Internet: <http://www.sfv.de/lokal/emails/wvf/oesrgrah.htm>
- [4] Frenkel, Michael; Hemmer, Hans-Rimbert: Grundlagen der Wachstumstheorie, Vahlen, München 1999
- [5] Fromm, Erich: Wege aus einer kranken Gesellschaft, dtv, München 1955
- [6] Fromm, Erich: Die Seele des Menschen - Ihre Fähigkeit zum Guten und zum Bösen, dtv, München 1964
- [7] Grahl, Jürgen: Wachstumsfetischismus, in: Solarbrief 1/03 (2003), S. 15-26; im Internet: <http://www.sfv.de/lokal/emails/wvf/wachstum.htm>
- [8] Grahl, Jürgen: Vom Elend der konventionellen Wirtschaftstheorien Oder Die Vernachlässigung des Produktionsfaktors Energie - Mehr als eine theoretische Spitzfindigkeit, im Internet: <http://www.sfv.de/lokal/emails/wvf/neokeyne.htm>
- [9] Grahl, Jürgen: Reformieren statt Deformieren - Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, in: Solarbrief 2/03, S. 7-16; im Internet: <http://www.sfv.de/lokal/emails/wvf/sozialre.htm>
- [10] Grahl, Jürgen: GATS - Die Kommerzialisierung der Menschlichkeit, Solarbrief 1/03, S. 26-28, im Internet: http://www.sfv.de/lokal/emails/wvf/gats_bed.htm
- [11] Kümmel, Reiner: Energie und Kreativität, Teubner, Leipzig 1998
- [12] Kümmel, Reiner; Henn, Julian; Lindenberger, Dietmar: Capital, labor, energy and creativity: modeling innovation diffusion, in: Structural Change and Economic Dynamics 13 (4) 2002, 415-433
- [13] Lindenberger, Dietmar; Eichhorn, Wolfgang; Kümmel, Reiner: Energie, Innovation und Wirtschaftswachstum, Zeitschrift für Energiewirtschaft 25 (2001), S. 273 - 282
- [14] Martin, Hans-Peter; Schumann, Harald: Die Globalisierungsfalle, Rowohlt, Reinbek 1998
- [15] Reich, Robert: Goodbye, Mr. President, Econ & List, München 1998
- [16] Weizsäcker, Ernst Ulrich von; Lovins, Amory und Hunter: Faktor Vier: Doppelter Wohlstand - halbiertes Naturverbrauch, Droemer Knauer, München 1995
- [17] Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.3.2: "Bildung und Kultur - Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen"
- [18] Bundesministerium der Finanzen, Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten im Kalenderjahr 2002, <http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage19760/Steuereinnahmen-nach-Steuerarten-2002.pdf>
- [19] Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Einnahmen und Ausgaben des Staates, <http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrtab11.htm>
- [20] Deutscher Bundestag: Sozialleistungsquote ist im letzten Jahr leicht angestiegen, <http://www.bundestag.de/aktuell/bp/2002/bp0204/0204028a.html>
- [21] Was ist das GATS? Stellungnahme von Attac Österreich, in: Sand im Getriebe 11/2002, <http://www.stoppgats.at/0200/0201.php>
- [22] GATS und Bildung, Internetveröffentlichung von Attac Österreich: http://www.stoppgats.at/0200/0205_1.php
- [23] Gegen die Noteninflation, Meldung von Netzeitung.de, 11. Mai 2001, <http://www.netzeitung.de/wissenschaft/hochschule/143224.html>